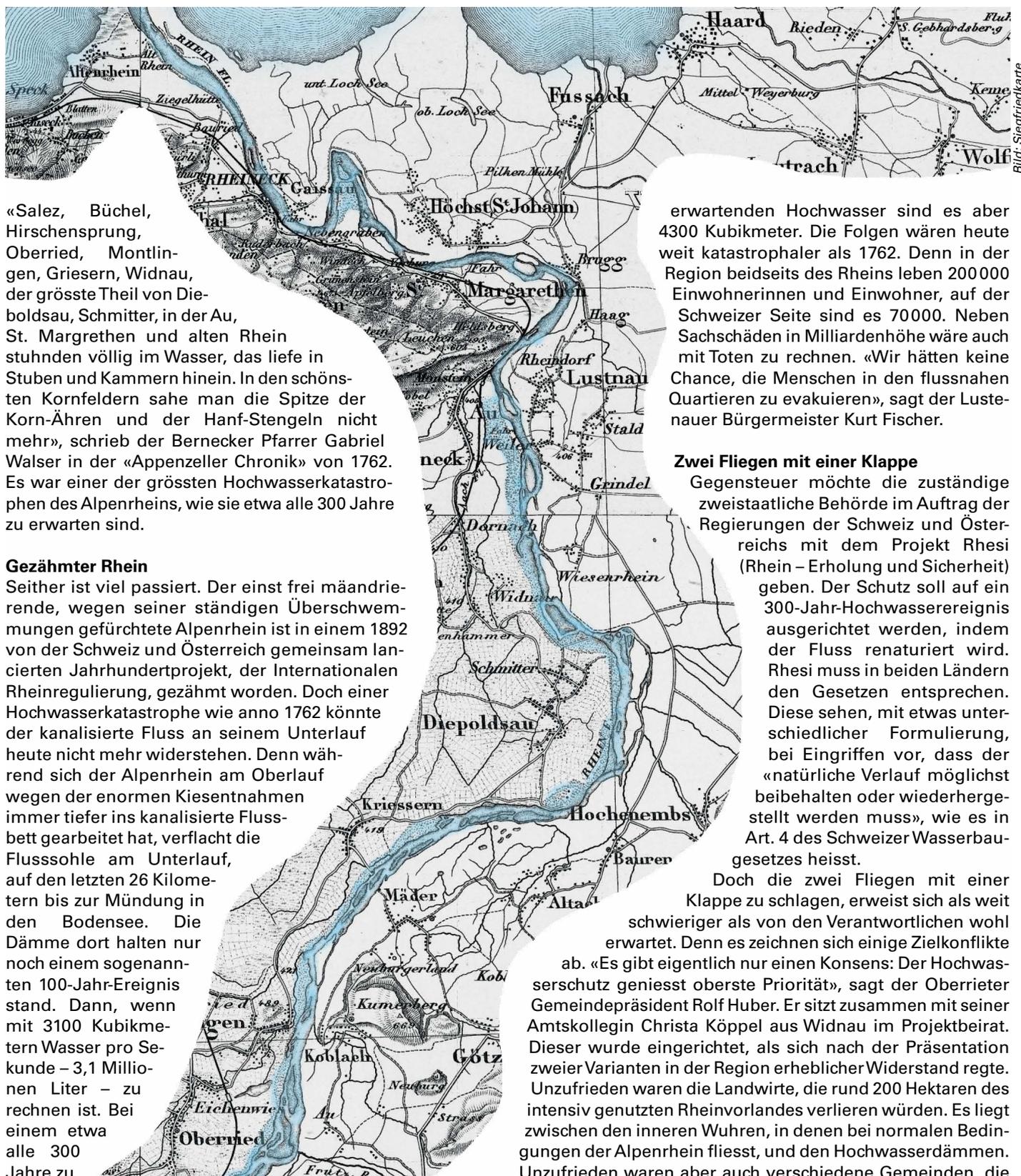


# Zielkonflikte am Alpenrhein

Der Unterlauf des Rheins im St. Galler Rheintal muss saniert werden, um den Hochwasserschutz zu verbessern. Im selben Zug ist eine Renaturierung des kanalisierten Flusslaufes geplant. Dagegen regt sich Widerstand.



«Salez, Büchel, Hirschensprung, Oberried, Montlingen, Griesern, Widnau, der grösste Theil von Dieboldsau, Schmitter, in der Au, St. Margrethen und alten Rhein stuhnden völlig im Wasser, das liefe in Stuben und Kammern hinein. In den schönsten Kornfeldern sahe man die Spitze der Korn-Ähren und der Hanf-Stengeln nicht mehr», schrieb der Bernecker Pfarrer Gabriel Walser in der «Appenzeller Chronik» von 1762. Es war einer der grössten Hochwasserkatastrophen des Alpenrheins, wie sie etwa alle 300 Jahre zu erwarten sind.

## Gezähmter Rhein

Seither ist viel passiert. Der einst frei mäandrierende, wegen seiner ständigen Überschwemmungen gefürchtete Alpenrhein ist in einem 1892 von der Schweiz und Österreich gemeinsam lancierten Jahrhundertprojekt, der Internationalen Rheinregulierung, gezähmt worden. Doch einer Hochwasserkatastrophe wie anno 1762 könnte der kanalisierte Fluss an seinem Unterlauf heute nicht mehr widerstehen. Denn während sich der Alpenrhein am Oberlauf wegen der enormen Kiesentnahmen immer tiefer ins kanalisierte Flussbett gearbeitet hat, verflacht die Flusssohle am Unterlauf, auf den letzten 26 Kilometern bis zur Mündung in den Bodensee. Die Dämme dort halten nur noch einem sogenannten 100-Jahr-Ereignis stand. Dann, wenn mit 3100 Kubikmetern Wasser pro Sekunde – 3,1 Millionen Liter – zu rechnen ist. Bei einem etwa alle 300 Jahre zu

erwartenden Hochwasser sind es aber 4300 Kubikmeter. Die Folgen wären heute weit katastrophaler als 1762. Denn in der Region beidseits des Rheins leben 200 000 Einwohnerinnen und Einwohner, auf der Schweizer Seite sind es 70 000. Neben Sachschäden in Milliardenhöhe wäre auch mit Toten zu rechnen. «Wir hätten keine Chance, die Menschen in den flussnahen Quartieren zu evakuieren», sagt der Lustnauer Bürgermeister Kurt Fischer.

## Zwei Fliegen mit einer Klappe

Gegensteuer möchte die zuständige zweistaatliche Behörde im Auftrag der Regierungen der Schweiz und Österreichs mit dem Projekt Rhesi (Rhein – Erholung und Sicherheit) geben. Der Schutz soll auf ein 300-Jahr-Hochwasserereignis ausgerichtet werden, indem der Fluss renaturiert wird. Rhesi muss in beiden Ländern den Gesetzen entsprechen. Diese sehen, mit etwas unterschiedlicher Formulierung, bei Eingriffen vor, dass der «natürliche Verlauf möglichst beibehalten oder wiederhergestellt werden muss», wie es in Art. 4 des Schweizer Wasserbaugesetzes heisst.

Doch die zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen, erweist sich als weit schwieriger als von den Verantwortlichen wohl erwartet. Denn es zeichnen sich einige Zielkonflikte ab. «Es gibt eigentlich nur einen Konsens: Der Hochwasserschutz genießt oberste Priorität», sagt der Oberrieter Gemeindepräsident Rolf Huber. Er sitzt zusammen mit seiner Amtskollegin Christa Köppel aus Widnau im Projektbeirat. Dieser wurde eingerichtet, als sich nach der Präsentation zweier Varianten in der Region erheblicher Widerstand regte. Unzufrieden waren die Landwirte, die rund 200 Hektaren des intensiv genutzten Rheinvorlandes verlieren würden. Es liegt zwischen den inneren Wuhren, in denen bei normalen Bedingungen der Alpenrhein fliesst, und den Hochwasserdämmen. Unzufrieden waren aber auch verschiedene Gemeinden, die

um ihre Trinkwasserversorgung fürchten, weil einzelne Grundwasserbrunnen verlegt werden müssten. Nur sehr bedingt zufrieden zeigten sich die Naturschutzorganisationen, die sich in der Plattform «Lebendiger Alpenrhein» zusammengeschlossen haben. Sie könnten mit einer von Projektleiter Markus Mähr als «ökologisch» bezeichneten Variante leben. Die Plattform sieht sich in den Ergebnissen einer von ihr in Auftrag gegebenen Umfrage bestätigt. Danach trägt eine Mehrheit beidseits des Alpenrheins, die auf der Vorarlberger Seite noch etwas deutlicher ausfällt, sowohl die Prämisse des Hochwasserschutzes als auch jene einer naturnahen Sanierung. Die von Gemeinden kritisierte Verlegung von Grundwasserbrunnen wird befürwortet, wenn die Trinkwasserversorgung weiter gesichert sei. Und auch die Rückwidmung von verpachtetem Landwirtschaftsland zugunsten eines verbreiterten Flusslaufes findet Zustimmung: Das sind indes kaum mehr als Allgemeinplätze.

**«Es fehlen Untersuchungsberichte»**

Rolf Huber bezweifelt den Wert der «eindeutig interessengesteuerten Umfrage», die zudem mit 424 Befragten nicht als repräsentativ zu betrachten sei. Er schätze die Stimmung in der Bevölkerung ganz anders ein, «nicht nur bei den betroffenen Landwirten». Allerhöchste Priorität würden der Hochwasserschutz und die Trinkwasserversorgung geniessen, diesem Anliegen müssten sich auch jene des Naturschutzes unterordnen. «Ich



Kanalisiert und eingezwängt. An den Ufern leben 200 000 Menschen. Der grüne Streifen am Fluss wird intensiv bewirtschaftet.

Bilder: zvg

bin nicht grundsätzlich gegen eine Renaturierung, aber die verschiedenen Untersuchungsberichte, etwa für das Grundwasserthema, müssen zuerst vorliegen», sagt Gemeindepräsident Huber, «dann kann man über Konkretes reden.» Die Rhesi-Verantwortlichen seien viel zu früh und mit zwei unausgegorenen Varianten an die Öffentlichkeit gegangen und müssten jetzt zurückkriechen. «Das ist ein wenig glaubwürdiges Vorgehen.»

Laut Rhesi-Projektleiter Markus Mähr liegen die wesentlichen Studien vor. Auf der

**Zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen, ist schwieriger als erwartet.**

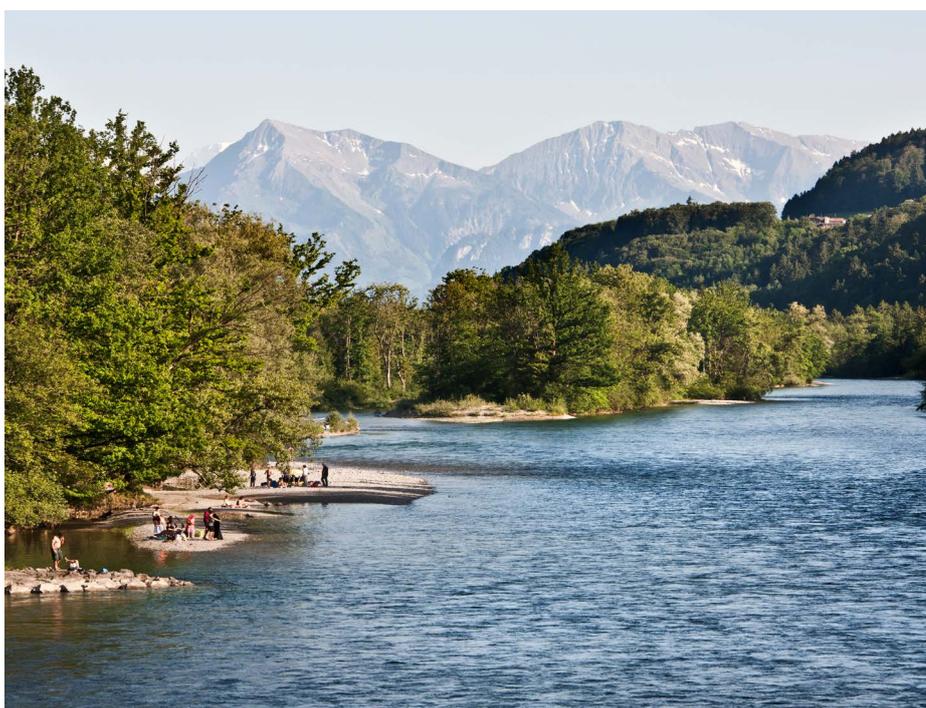
Basis des heutigen Wissens und der vorliegenden Projektvarianten gelte es nun, weitere Detailstudien zu erarbeiten.

Eine frühe und breite Einbindung der Beteiligten ist ihm wichtig – auch bereits bei der Variantenentwicklung. Im November soll ein neuer Vorschlag auf dem Tisch liegen, parallel dazu laufen Untersuchungen etwa zur Verlegung der Trinkwasserbrunnen. Die Umfragen

nehme er gerne zur Kenntnis, relevant für die weitere Projektbearbeitung seien sie nicht. «Unsere Basis sind die gesetzlichen Vorgaben und jene unserer Auftraggeber der Staaten Schweiz und Österreich, des Kantons St. Gallen und des Bundeslandes Vorarlberg.» Die Gemeinden werden wohl angehört und sind im Beirat vertreten, haben kein Mitspracherecht. Sie können aber, zumindest auf Schweizer Seite, via eine kantonale Referendumsabstimmung einigen Einfluss ausüben.

Dann hätte tatsächlich das – kantonale – Stimmvolk das letzte Wort. Bis dahin wird noch sehr viel Wasser den Alpenrhein hinunterfliessen. Bis Mitte 2016 soll der Entscheid fallen, welche Variante verfolgt wird. Danach stehen die Ausarbeitung eines generellen Projektes, des Detailprojektes und die Umweltverträglichkeitsprüfung an. Sollte kein breit abgestütztes Projekt vorliegen, ist mit einer Einsprachenflut zu rechnen.

Urs Fitze



Die Aare in Bern nach der Renaturierung. Die Auenlandschaft fängt Hochwasserspitzen ab.

Informationen: [www.rhesi.org](http://www.rhesi.org)